



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

5

Mai 2022 / 56. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Gewerkschaftliche Kursbestimmung Bundeshauptvorstand tagte in Berlin



Bundeshauptvorstand

Berlin, 26. April 2022



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB



Seite 8 <

Interview mit
Thorsten Frei,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Seite 19 <

Fachteil:

- Quo vadis Vermummungsverbot? Eine Betrachtung der aktuellen Rechtsprechung
- Pfeilabschussgeräte: Bedürfnis (un)möglich?



Der PUA-Abschlussbericht – eine kurze Bewertung

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur sogenannten „Rockeraffäre“ hat seine Arbeit beendet und einen Abschlussbericht vorgelegt. Hier nun der Versuch einer objektiven Bewertung.

Die Berichterstattung und die zum Teil sehr hohe Emotionalität in der Diskussion um diesen Untersuchungsausschuss haben auch Ermüdungs- und Verschleißerscheinungen nach sich gezogen. Vielerorts ist der Wunsch nach einem „Schlussstrich“ wahrnehmbar. Es wäre aber falsch, den Abschlussbericht zu den Akten zu legen und sich nicht weiter um die Erkenntnisse zu kümmern. Die Landespolizei sollte ein Interesse daran haben, die Erkenntnisse des PUA im Rahmen einer offenen Fehlerkultur zu nutzen, da es sich nicht nur um die Aufarbeitung eines „historischen“ Ereignisses handelt, sondern möglicherweise strukturelle Probleme bis heute fortauern.

▣ Ein wichtiges Zeichen

Zunächst einmal ist es aus Sicht der DPoIG ein wichtiges Zeichen, dass sich politische Opposition und Regierungsparteien auf ein im Wesentlichen geeintes Ergebnis im Rahmen des Abschlussberichtes einigen konnten. Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist ja ein politisches Instrument, so dass extrem unterschiedliche Bewertungen der Sachlage zwischen Opposition und Regierungsparteien durchaus üblich sind. Das ist in diesem Fall offenbar überwiegend nicht so.

▣ „Instrument“ Vertrauensperson

Im Wesentlichen ist festzustellen, dass der Umgang mit dem „Instrument“ der Vertrauenspersonen aus dem kriminellen (Rocker-)Milieu im LKA kritisch war. Die Abwägung zwischen operativem Erkenntnisgewinn aus der Zusammenarbeit mit V-Leuten und den rechtsstaatlichen Anforderungen an polizeiliche Maßnahmen bedarf einer deutlich sorgfältigeren Abwägung als bisher geschehen. Das wird auch deutlich, dass bei der Änderung des Landesverwaltungsgesetzes der Einsatz von V-Leuten explizit geregelt unter Richtervorbehalt gestellt wurde. Diese Gesetzesinitiative ist nachweislich eine wesentliche Erkenntnis aus dem PUA und hat ausdrücklich bundesweit Beachtung gefunden. Für die DPoIG ist klar, dass ge-

rade der Erkenntnisgewinn aus der organisierten Kriminalität besonderer Ermittlungsmaßnahmen bedarf, wozu auch die Zusammenarbeit mit V-Leuten gehören kann. Der hierzu notwendige Quellenschutz ist jedoch in ein rechtsstaatliches Verfahren einzubetten und kann nicht alleine in den Händen einzelner Ermittlungspersonen liegen. Diese Diskussion wird auf Bundesebene noch zu führen sein.

▣ Remonstrationspflicht

Ein weiterer Punkt war die Frage, inwieweit Beamte verpflichtet sind, eine Anordnung, die man für rechtswidrig hält, befolgen zu müssen. Das Beamtenrecht sieht eine Remonstrationspflicht vor, über deren Ausgestaltung es unterschiedliche Sichtweisen gab. Auch nach dem Abschlussbericht ist die DPoIG überzeugt, dass das Verhalten der beiden Ermittler, eine mutmaßlich rechtswidrige Anordnung nicht einfach blind zu befolgen, sondern die Bedenken zu verschriften, mutig und richtig gewesen ist.

▣ Konfliktbearbeitung

Ein sehr wichtiger Punkt ist aber nicht nur rückblickend, sondern auch fortwährend von Bedeutung. Haben wir eigentlich die richtigen und ausreichenden Instrumente, Konflikte zu bearbeiten oder gar Mobbinghandlungen zu identifizieren und zu sanktionieren? Eine seinerzeit tätige Mobbingkommission wurde aufgelöst und in neueren Schriftstücken taucht das Wort Mobbing gar nicht mehr so richtig auf. Ausdrücklich hatte der PUA nicht darüber zu befinden, ob der Umgang mit den LKA-Beam-



> Torsten Gronau

ten nun tatsächlich Mobbing war oder doch nur ein Konflikt, der aber nicht sachgerecht bearbeitet wurde. Diese Frage ist unabhängig von den Protagonisten der sogenannten „Rockeraffäre“ auch aktuell bedeutsam, da sich die Dienst-anweisung zur Konfliktbearbeitung eng an das in der Polizei herrschende hierarchische Prinzip anlegt. Das bedeutet aber, dass eine Konfliktbearbeitung ab einer bestimmten Hierarchieebene oft nicht mehr sachgerecht durchgeführt wird. Der DPoIG sind sehr wohl Sachverhalte bekannt, wo die Nichtbearbeitung von Konflikten mit hochrangigen Polizeibeamtinnen und -beamten auch als Machtmissbrauch gedeutet werden könnte. Hier bleibt es zu hoffen, dass die Erkenntnisse aus dem PUA eines hocheskalierten Konfliktes mit ranghohen Polizeibeamten dazu führt, dass man sich über Lösungsmöglichkeiten Gedanken macht und nicht irrtümlich glaubt, durch Zeitablauf sei auch das Problem verschwunden.

Der Landesvorstand der DPoIG dankt allen Ausschussmitgliedern, die eine Herkulesaufgabe zu meistern hatten, für ihre Arbeit.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender DPoIG*

Impressum:

Redaktion:
Sven-Erik Haase
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: redaktion@dpolg.sh

DPoIG SH bei Facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Beitritt der Landespolizei zum Bündnis für Akzeptanz und Respekt

Am 22. März 2022 durfte ich für die DPoIG bei dem feierlichen Beitritt der Landespolizei Schleswig-Holstein zum Bündnis für Akzeptanz und Respekt im Schleswig-Holstein-Saal des Kieler Landtages teilnehmen.

Mit dieser Unterschrift bekennt sich die Landespolizei Schleswig-Holstein zu den Grundwerten des Aktionsplans „Echte Vielfalt“ und setzt ein deutliches Zeichen für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten und Menschlichkeit.

Grüßworte und Gesprächsrunde

Nach den Grüßworten der Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Frau Dr. Sütter-

lin-Waack, dem Sozialminister Dr. Heiner Garg und Hartmut Kunz, Leiter des Personalmanagementbereichs im Landespolizeiamt, in Vertretung für den kurzfristig erkrankten Landespolizeidirektor Michael Wilksen, und der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle Schleswig-Holstein und Beauftragten für die Landespolizei, Samiah El Samadoni, sowie der Leiterin des Landespräventionsrates, Silke Schiller-Tobies, folgte eine Gesprächsrunde mit Julia Sinjen (BKI Kiel), Ben Höhn (Studierender FHVD) und Tim Jänke (Zentrale Ansprech-



Rena Bretsch und Tim Jänke – Im Einsatz für Vielfalt.

stelle LSBTIQ*). Diese drei schilderten, welche Bedeutung der Bündnisbeitritt für sie ganz persönlich, aber auch beruflich hat.

Lübecker Erklärung

Andreas Witolla, Vorsitzender des Lesben- und Schwulenverbandes in Schleswig-Holstein, und Hartmut Kunz unterzeichneten dann gemeinsam die Lübecker Erklärung.

Durch den Abend führte die Journalistin Georgine Kellermann. Frau Kellermann be-

kannte sich vor zwei Jahren zu ihrer Transsexualität und gestaltete den Abend mit ihrer authentischen und sympathischen Art sehr glaubhaft und beeindruckend.

Im abschließenden Zusammenkommen konnte ich noch viele gute und interessante Gespräche führen. Ich freue mich, dass unsere Polizei in Schleswig-Holstein diesen Weg jetzt mit hoffentlich neuem Schwung geht und ich bin gespannt, was folgen wird.

Rena Bretsch



Rena Bretsch vor der Ausstellung „Mensch ist Mensch“.

Erkenntnisse durch Statistiken

Die Veröffentlichung des Verkehrssicherheitsberichts und der Polizeilichen Kriminalstatistik folgt strengen Ritualen. Menschen brauchen einen Kompass, wie es um die Sicherheit in unserem Land bestellt ist. Politikerinnen und Politiker brauchen positive Nachrichten. Und für die Polizei ist es auch notwendig, einmal jährlich Resümee zu ziehen, welche Phänomene im Moment kritisch sind und wo es auch ein Stück Entwarnung gibt.

Straßenverkehr

Der Verkehrssicherheitsbericht 2021 weist aus, dass es insgesamt weitere Rückgänge bei Verletzten und Getöteten im Straßenverkehr gibt. Für Pedelefahrer ist das Risiko, bei einem Unfall verletzt oder getötet zu werden, jedoch deutlich

erhöht. Diese Erkenntnis ist wenig überraschend, da mit Pedelecs deutlich höhere Geschwindigkeiten gefahren werden als üblicherweise mit einem „normalen“ Fahrrad. Auch das Unfallgeschehen mit den sogenannten Elektro-Kleinstfahrzeugen (E-Roller) ist beachtlich.

Kriminalität

Im Kriminalitätsgeschehen nimmt, auch durch die Pandemie getrieben, eine Entwicklung weiter Fahrt auf, nämlich die Verlagerung von Straftaten ins Internet. Wichtig ist, dass nur ein Teil des tatsächlichen Kriminalitätsgeschehens bei Straftaten mit dem Tatort Internet auch Einzug in die PKS einhält. Somit bieten die veröffentlichten Zahlen in diesem Bereich kein realistisches Abbild. Gleichzeitig gaukelt die Gesamt-PKS vor, die Wahrscheinlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern, Opfer von Straftaten zu werden, sinke, gleichzeitig werden nicht weniger Menschen Opfer von Straftaten und die Polizei hat nicht weniger Arbeit. Diese Strafta-

ten werden einfach nur nicht in der PKS erfasst. So ergibt sich ein Zerrbild.

Insofern erneuert die DPoIG ihre Forderung, die Ermittlungen im Internet deutlich zu intensivieren, wozu mehr Personal benötigt wird.

Alles in allem bieten Statistiken offenbar hinreichende Anhaltspunkte über Entwicklungen, dennoch sind sie immer interpretationsfähig und das macht sie auch anfällig. Aus unserer Sicht sollten Taten mit dem Tatort Internet auch umfassend erfasst werden, wenn der strafrechtliche Erfolg im Inland eintritt.

Torsten Gronau, Landesvorsitzender

DEIG – der Pilot soll starten

Lange von der DPoIG gefordert, wird nun das Distanz-Elektro-Impuls-Gerät, kurz DEIG, von der Firma Taser bei der Landespolizei Schleswig-Holstein getestet.

Ausgestattet werden für das Pilotprojekt neben den Spezialeinsatzkräften zwei Polizeireviere in Schleswig-Holstein. Hier sei bei der Auswahl der Pilotdienststellen durch das Landespolizeiamt in Kiel besonders auf Dienststellen das Augenmerk gelegt worden, bei denen hohe Zahlen von Gewalt gegen Polizeibeamte vorliegen. Weiter sollte der Pilot auf einem rein städtischen und einem eher ländlichen Revier stattfinden, sodass das 1. Polizeirevier Neumünster sowie das PR Ahrensburg im Kreis Stormarn ausgewählt wurden.

Die Mitarbeiter der besagten Reviere wurden durch die Einsatztrainer am Gerät ausgebildet und sind bereit. Nun soll der

Pilot starten. Termin war der 1. April 2022. Dieser Termin konnte leider bis dato aus verschiedenen Gründen noch nicht gehalten werden.



Einführung und Umsetzung

Viele verschiedene Aspekte sind bei der Einführung und Umsetzung des Pilots zu beachten. So müssen neue Au-

ßentrageregeln beschafft und an die Mitarbeiter der beteiligten Reviere ausgegeben werden, neue Hardware muss auf den Wachen installiert

und auch Pfeffersprays müssen getauscht werden. Diese und weitere Punkte verzögern leider den Start des Projekts.

Im Rahmen der Ausbildung am DEIG konnten die Beamten der besagten Reviere sich bereits mit dem Gerät vertraut machen. Viele der Ausgebildeten waren ob des Geräts positiv überrascht

und können sich vorstellen, dass das DEIG tatsächlich die Lücke zwischen den einzelnen zur Verfügung stehenden Einsatzmittel schließen kann. Der

schleswig-holsteinische Gesetzgeber hat bereits formalrechtlich – wenn auch zeitlich begrenzt – diese Lücke geschlossen. Jetzt gilt es, nach einem zunächst holprigen Start entsprechende Erfahrungen zu sammeln und den Pilot möglichst positiv abzuschließen. Der Pilot ist auf die Dauer eines Jahres angelegt. Alle am Pilot teilnehmenden Kollegen sind sichtlich gespannt, ob auch wir in SH die bundesweit guten Erfahrungen mit dem DEIG bei kritischen Einsatzlagen bestätigen können.

Christian Johannsen



> Bundesjugendkonferenz 2022

© JUNGE POLIZEI

Unsere Bundesjugendkonferenz 2022 in Magdeburg

Endlich wieder in Präsenz! – Das war der Gedanke aller Delegierten, als die Einladung zur dreitägigen Bundesjugendkonferenz in den Briefkästen lag.

Endlich konnte man sich nach zwei Jahren Online-Meeting endlich wieder, natürlich unter Beachtung der Coronaregeln, vom 16. März bis 18. März 2022 im IntercityHotel Magdeburg treffen.

Viele der 22 bundesweit ange-reisten Delegierten kannten sich nicht, auch ich war das erste Mal bei einer Bundesjugend-konferenz dabei. Doch nach einer kurzen Vorstellungsrunde war das Eis bei allen gebrochen.



© DPoIG SH

Tagungsthemen

Anschließend ging es sogleich ans Eingemachte. Michael Haug, seines Zeichens Bundesjugend-leiter, eröffnete die Tagung. Innerhalb der Tagung wurde vor allem der Bundesjugendtag des dbb im Mai mit der Wahl einer neuen Bundesjugendlei-tung sowie auch unser Bundes-jugendkongress im November

mit der Wahl eines neuen Bundesvorstandes ins Visier genommen. Andere Themen waren die Einsatzplanung des G7-Gipfels in Elmau, die Werbemittelbeschaffung (dpolg- markt-select.de) und Kooperationen mit anderen Dienstleistern (dpolg.mitglie dervorteile.com/dbb-vorteils welt).

Anerkennung

Wie hoch der Stellenwert der Nachwuchsorganisation inner-halb der DPoIG angesehen wird, wurde durch den Bundesvor-sitzenden Rainer Wendt und stellvertretenden Bundesvor-sitzenden Thorsten Grimm, welche an der Veranstaltung – in Präsenz – teilnahmen, mehr als deutlich zum Aus-druck gebracht. Beide unter-richteten uns zudem über die Arbeit der Bundesleitung.

Austausch

Die Bundesjugendkonferenz bot uns allen die Gelegenheit sich sowohl über die Polizei- als

auch über die Gewerkschafts-arbeit über die Grenzen des ei-genen Bundeslandes hinweg austauschen. Hierbei wurden viele Ideen in die gewerkschaft-liche Heimat mitgenommen.

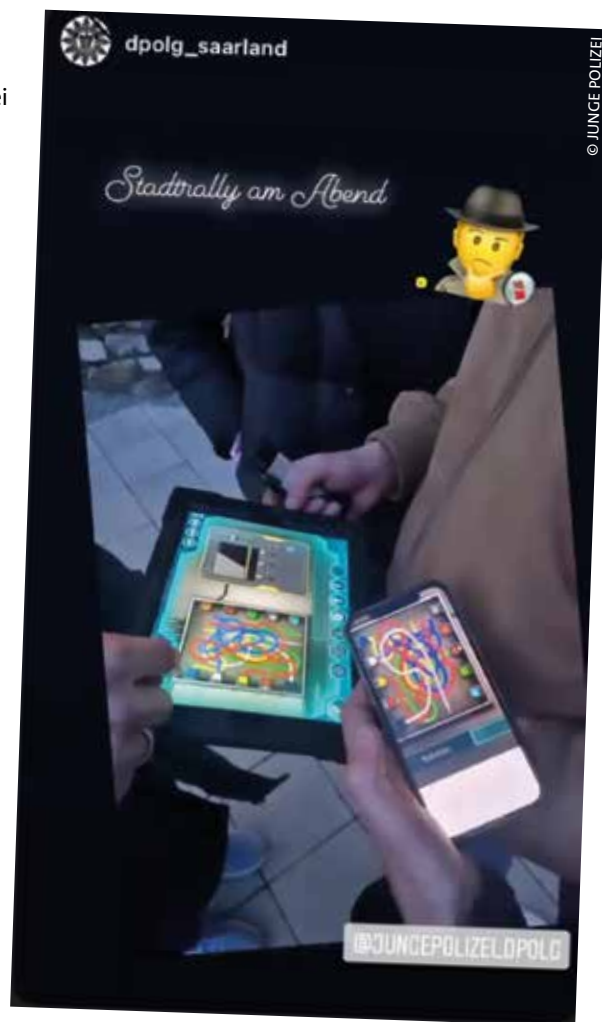
Ausblick

Für mich wa-ren es beein-druckende drei Tage, die ich definitiv nicht missen will. Mit vielen neuen Kon-takten, tollen gemeinsamen Aktivitäten und einer wahrlich ge-lungenen Bundes-jugendkonferenz im Rücken fuhr ich wieder in den Norden.

Ich freue mich schon auf die nächsten Ver-anstaltungen und vor allem auf so viele

engagierte junge Menschen, die sich in ihrem Bundesland für die Polizeifamilie einset-zen!

*Annabel Schrödter,
Landesjugendleitung
JUNGE POLIZEI SH*



© JUNGE POLIZEI